



Leitfaden für die Zulassung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen

In der Gemeinde Hohenthann gehen vermehrt Anfragen zur Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen ein. Mit der Aufstellung eines Leitfadens für die Zulassung dieser Anlagen schafft die Gemeinde eine transparente Entscheidungsgrundlage für die Öffentlichkeit, Landwirte, Flächenbesitzer und Betreiber von Freiflächen-Photovoltaikanlagen.

Es sollen die Belange der sauberen Energieerzeugung und des Klimaschutzes nachvollziehbar mit den Belangen der Nahrungsmittelerzeugung, des Landschaftsbildes und des Naturschutzes zusammengeführt werden.

Die Bayerische Staatsregierung hat die Ausbauziele für Photovoltaik stark angehoben, somit besteht unmittelbarer Handlungsbedarf für eine städtebaulich objektive Standortbeurteilung. Seit dem Inkrafttreten der Freiflächen-Öffnungsverordnung des Landes Bayern sind auf landwirtschaftlichen Flächen errichtete Freiflächen-Photovoltaikanlagen im Außenbereich nach dem EEG förderfähig, sofern die Flächen als so genannte „benachteiligte“ Gebiete eingestuft sind. Zudem sind diese im Korridor von 200 m (Stand EEG 2021) entlang von Bahnlinien und Autobahnen sowie auf sogenannten Konversionsflächen (z.B. ehem. Kiesabbau) förderfähig. Das gilt für Solaranlagen mit einer Nennleistung ab 750 Kilowatt bis maximal 10 Megawatt. Welche Gebiete als „benachteiligt“ gelten und welche nicht, ist bundesweit festgelegt.

Das Gemeindegebiet Hohenthann gehört jedoch nicht zu diesen benachteiligten Gebieten.

Vorteile von Freiflächen-Photovoltaikanlagen:

1. Beitrag zum Klimaschutz: Mit Freiflächen-Photovoltaikanlagen wird in der Kommune der Anteil an klimafreundlichem Strom erhöht und ein bedeutender Schritt in Richtung der Energieautarkie vollzogen.
2. Bodenruhe: Ackerbaulich bisher stark beanspruchte Böden werden über 20 bis 30 Jahre keine Bodenbearbeitung, Düngung oder sonstigen Maßnahmen mehr erfahren, die bisher Bodenverarmung oder sogar Bodenerosion in mehr oder minder großem Ausmaß bewirkten. Insbesondere durch Umwandlung von Acker in Grünland werden sich solche Böden wieder biologisch regenerieren. Dies dient ebenso dem Grundwasserschutz.
3. Stärkung der regionalen Wirtschaftskraft: Landwirtschaftliche Grenzertragsstandorte werden durch Freiflächen-Photovoltaikanlagen wirtschaftlich deutlich aufgewertet. Den Grundbesitzern werden 20 bis 30 Jahre lang höhere Einnahmen durch Verpachtung des Geländes bzw. Eigenbeteiligung an der PV-Anlage zufließen.
4. Anlagenbetreiber von Freiflächenanlagen dürfen den Gemeinden Beträge von insgesamt 0,2 Cent pro Kilowattstunde für die tatsächlich eingespeiste Strommenge durch einseitige Zuwendungen ohne Gegenleistung anbieten

Nachteile von Freiflächen-Photovoltaikanlagen:

1. Nutzungskonkurrenz: Sofern Nahrungs- oder Futtermittel bisher auf den Flächen angebaut wurden, die nun mit PV-Anlagen überbaut werden sollen, wird diese landwirtschaftliche Produktion in einem Zeitraum von bis zu 30 Jahren teilweise oder ganz entfallen. Die Flächen stehen in diesem Zeitraum nur eingeschränkt für eine Grünlandnutzung (z.B. Klee gras bzw. Schafweide) zur Verfügung. Eine weitere Einschränkung besteht in der Nutzung für die Jagd, bei der mit PV-Anlagen überbaute Flächen die Jagdflächen verringern.
2. Landschaftsbild: Das Erscheinungsbild der Ortschaft wird sich teilweise ändern. Anstelle von Ackerflächen, die sich über die Jahreszeiten wandeln, werden dann Modulfelder Teile der Landschaft prägen. Aufgrund ihres technischen Charakters und der Neuartigkeit werden Freiflächen-Photovoltaikanlagen teilweise als Störung des Landschaftsbildes empfunden.
3. Einflüsse auf Nachbarn: Zuweilen werden im Vorfeld Belästigungen wie optische Reflexionen oder Ablenkungen für den Verkehr befürchtet.
4. Erholung/Betretungsrecht: Da die Gesamtanlage eingezäunt wird, ist ein freies Betreten der vorher zugänglichen Flächen nicht mehr möglich. Dadurch können sich Einschränkungen für Spaziergänger, Radfahrer, Wildwechsel etc. ergeben.

Kriterien

Für die Zulassung der Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen im Außenbereich der Gemeinde Hohenthann gelten die folgenden Kriterien:

1. Sichtbarkeit/Landschaftsbild

Nicht erlaubt sind Freiflächen-Photovoltaikanlagen

- in öffentlich einsehbaren Flächen von denkmalgeschützten oder besonders positiv prägenden Gebäuden,
- bei erheblicher Störung des Orts-, Kultur- und Landschaftsbildes, vor allem von unter besonderem gesetzlichem Schutz stehenden Gebieten sowie weithin sichtbaren, das Landschaftsbild prägenden, wertvollen Landschaftsteilen sowie Landschaftsteilen, die der Naherholung dienen.

Der Nähebereich von Denkmälern ist zu prüfen, auch wenn das Gebäude nicht als Denkmal in die Denkmalliste eingetragen ist oder sich nicht im Ensemble befindet. Der Antrag hierzu ist bei der Unteren Denkmalschutzbehörde zu stellen.

Zur Wahrung von sichtstörenden Einflüssen sind ein geeigneter Abstand bzw. kompensierende landschaftsbauliche Maßnahmen zu ergreifen (siehe dazu auch weitergehende Definition in Punkt 2.)

Informationstafeln und Ruhebänke, auch in Verbindung mit Ladesäulen für E-Bikes, kombiniert mit Streuobstwiesen und gebietseigenem Saatgut, können eine PV-Freifläche landschaftlich optimal integrieren.

2. Störungen für Gebäude mit Wohnnutzung

Freiflächen-Photovoltaikanlagen dürfen für Gebäude mit Wohnnutzung optisch keine wesentlichen Störungen auslösen. Dies wird erreicht z.B. durch:

- eine am Standort geeignete Kombination aus Abstand und landschaftsbaulichem Sichtschutz: Vegetation wie Waldrand- und Feldgehölzkulissen eignen sich gut, um die jeweilige Anlage in der Ferne weniger dominant erscheinen zu lassen. Durch eine anlagengerechte Eingrünung der Anlagenfläche mit Hecken wird zudem eine bestmögliche Einbindung der PV-Anlage in die umgebende Landschaft erreicht. Empfehlenswert ist auch eine Zaunbegrünung mit Kletterpflanzen wie Wildem Wein oder dem insektenfreundlichen Efeu.
- einen Abstand zu Wohngebäuden von mindestens 200 m (je nach Hanglage und Blendung durch die Module)
- eine von den betroffenen Eigentümern schriftliche Einverständniserklärung, wenn der Bau in Sichtbeziehung zur Wohnbebauung ohne Abstand und/oder Sichtschutz beabsichtigt ist

3. Landwirtschaftliche Qualität der Böden

Der Bau von Photovoltaik-Anlagen soll nicht zu einer Verknappung qualitativ besonders hochwertiger landwirtschaftlicher Flächen führen. Daher wird festgelegt, dass die Bodenschätzkarten zur Bewertung der Ackerböden herangezogen werden.

Hochwertige Ackerböden (Ackerzahl > 55) sind für die Errichtung einer PV-Anlage ausgeschlossen. Bei ertragreichen Böden (Ackerzahl zwischen 40 und 55) ist eine Abwägung vorzunehmen. Als Alternative bietet sich hier die Nutzung von Agri-PV-Anlagen (Kombination aus Photovoltaik und Landwirtschaft) an, wodurch eine landwirtschaftliche Nutzung erhalten werden kann.

Bevorzugt sollen Böden mit einer Ackerzahl < 40 herangezogen werden. Grünland, das bereits aus der Produktion genommen wurde oder in absehbarer Zeit aus der Produktion genommen wird, ist ebenfalls bevorzugt zu verwenden. Besonders vorbelastete Flächen wie ehemalige Deponien, Industriebrachflächen oder versiegelte Konversionsflächen stellen sehr geeignete Standorte für PV-Anlagen dar.

4. Natur- und Artenschutz-Verträglichkeit

Der Projektentwickler muss im Vorfeld eines Bauleitplanverfahrens nachweisen, wie die Fläche nach Inbetriebnahme gepflegt wird, einschließlich des Abflusses von Regenwasser, falls notwendig. Dies muss möglichst so erfolgen, dass die Artenvielfalt auf den Flächen gefördert wird.

Orientierung bietet dabei der Praxis-Leitfaden für die ökologische Gestaltung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen des Bayerischen Landesamts für Umwelt. Es empfiehlt eine extensive Pflege der Flächen, z. B. mit Schafbeweidung oder Mahd. Ackerflächen können mit Heudrusch nah gelegener, artenreicher Wiesen oder Wildpflanzen-Saatgut aus regionaler Produktion eingesät werden.

Bis zum 01. Juli eines Kalenderjahres soll keine Mahd erfolgen. Heudrusch ist allerdings erlaubt. Es darf kein Mulchen erfolgen, die Mahd ist abzufahren.

Aus ökologischer Sicht sind die Module mit dem Ziel einer möglichst geringen Bodenversiegelung anzubringen. Auch technische Komponenten (z.B. Spalten, Löcher und Rillen an Modulen oder Wechselrichtern) können als Habitatstruktur genutzt werden, insbesondere von Insekten und Spinnen.

Um die Naturschutzpotenziale von PV-Freiflächenanlagen auszuschöpfen und gleichzeitig die Akzeptanz für den Ausbau der Solarenergie zu befördern, ist zudem eine Teilnahme am Zertifizierungssystem EULE (=Evaluierungssystem für eine umweltfreundliche und landschaftsverträgliche Energiewende) empfehlenswert. Mit Hilfe dieses Zertifizierungssystems können Standorte gezielt ökologisch aufgewertet und für die Biodiversität optimal entwickelt werden.

5. Betriebssitz

Hat die Betreibergesellschaft ihren Sitz außerhalb der Gemeinde Hohenthann, hat diese nach der neuen gesetzlichen Regelung aufgrund des Anlagenstandorts dennoch 90 % der Gewerbesteuer an die Gemeinde Hohenthann zu zahlen.

Gemäß § 6 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes dürfen die Anlagenbetreiber von Freiflächenanlagen den Gemeinden Beträge von insgesamt 0,2 Cent pro Kilowattstunde für die tatsächlich eingespeiste Strommenge durch einseitige Zuwendungen ohne Gegenleistung anbieten.

6. Netzanbindung

Die Anbindung der Freiflächen-Photovoltaikanlagen an das Stromnetz soll per Erdverkabelung erfolgen. Eine Anbindung an eine Oberleitung muss im Bedarfsfall geprüft werden.

7. Begrenzung der jährlichen und gesamten zuzulassenden Flächen

- Pro Kalenderjahr dürfen maximal 7,5 ha für Freiflächen-Photovoltaikanlagen genehmigt werden. Hierfür sind für die Fläche der Geltungsbereich des Bebauungsplans inkl. Ausgleichsflächen sowie für den Zeitpunkt der Aufstellungsbeschluss maßgebend.
- Anträge können bis 30.04. gestellt werden, worüber der Gemeinderat sodann entscheidet. Sollte das Kontingent nicht ausgeschöpft sein, können Anträge noch bis 30.09. eingereicht werden.
- Die landwirtschaftlichen Flächen im Gemeindegebiet belaufen sich auf ca. 4.500 ha (Stand: 2021). Die Gemeinde Hohenthann legt fest, dass insgesamt max. 3% dieser Flächen für die Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen herangezogen werden dürfen, somit insgesamt 135 ha. Zum Zeitpunkt der Aufstellung dieser Leitlinie (19.10.2021) sind bereits 15,717 ha (= Modulfläche) mit Freiflächen-Photovoltaikanlagen bebaut bzw. rechtsgültig beplant (Gesamtfläche der Bebauungspläne inkl. Ausgleichsflächen = 19,2792 ha). Zum Stand 31.05.2023 beträgt die Gesamtfläche der Bebauungspläne inkl. Ausgleichsflächen 25,5203 ha (bebaute und in Auslegung befindende Flächen), die reine Modulfläche beträgt 20,6433 ha.
- Flächen, die von der Gemeinde Hohenthann errichtet oder beauftragt werden, tragen nicht zu dieser Obergrenze bei.

8. Bürgerbeteiligung

Es ist wünschenswert, wenn allen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zur Beteiligung an der Anlage geboten wird. Der Antragsteller hat sodann vorab darzulegen, in welcher Form eine finanzielle Beteiligung angeboten wird. Eine Verpflichtung hierzu besteht nicht, wird jedoch positiv in die Entscheidung zur Zulassung des Antrags berücksichtigt.

9. Ausschluss von besonders wertvollen Flächen

Besonders wertvolle Flächen wie beispielsweise Nationalparks, Naturschutzgebiete, Natura-2000-Gebiete oder Biotope stehen wegen ihres Schutzzweckes nicht zur Verfügung bzw. die Errichtung von Freiflächen-PV-Anlagen lässt sich nicht mit dem Schutzzweck vereinbaren.

10. Einzelfallentscheidung

Der Gemeinderat behält sich Einzelfallentscheidungen in allen Punkten vor.

Planungsrechtliche Voraussetzungen und Kosten durch Antragsteller

Die Gemeinde Hohenthann hat aufgrund ihrer Planungshoheit die volle Entscheidungsfreiheit, ob, wo und in welcher Größe sie einen Bebauungsplan für Freiflächen-Photovoltaikanlagen aufstellen möchte. Ein Rechtsanspruch eines interessierten Grundbesitzers oder Freiflächen-Photovoltaikanlagen-Betreibers besteht nicht.

Die anfallenden Planungskosten, z.B. für die Änderung des Flächennutzungsplans und die Aufstellung eines Bebauungs- und Grünordnungsplans, werden mittels städtebaulichen Vertrags auf den Betreiber umgelegt.

Ablauf der Prüfung

Der Antragsteller hat den genauen Geltungsbereich des (vorhabenbezogenen) Bebauungsplanes festzulegen. Bei Antragstellung erfolgt der Eignungsnachweis der jeweiligen Fläche anhand der vorgegebenen Kriterien. Anfallende Kosten für die Prüfung trägt der Antragsteller.

Die Leitlinie mit den entsprechenden Kriterien wird jährlich überprüft und ggfs. aktualisiert.

Vom Gemeinderat beschlossen am 19.10.2021

Vom Gemeinderat aktualisiert am 18.07.2023

Andrea Weiß
Erste Bürgermeisterin